

Die Gründung der DDR begann in Prag*

Friederike Sattler

Auf den ersten Blick haben die tschechoslowakischen Ereignisse zu Beginn des Jahres 1948 für die deutsche Nachkriegsgeschichte in West und Ost keine große Rolle gespielt. Auch die Führungsgremien der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die schon im April 1946 aus der Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hervorgegangen waren, befaßten sich - zumindest den offiziellen Protokollen zufolge - nur in einer einzigen Sitzung mit der Regierungskrise und dem Staatsstreich ihrer kommunistischen „Bruderpartei“ im Nachbarland.¹ Und doch kann man zu der - sicherlich etwas überzogen formulierten - These gelangen, daß die tschechoslowakischen Ereignisse auf indirektem Wege starke Auswirkungen auf die politische Entwicklung in Deutschland hatten und letztlich auch zur Gründung von zwei deutschen Staaten beitrugen. Bis zum Februar 1948 hatte die SED bereits eine Reihe von Versuchen unternommen, in der sowjetischen Besatzungszone eine zentrale Verwaltungs- und Wirtschaftslenkungsinstanz mit Gesetzgebungskompetenzen einzurichten; ihre wiederholten Vorstöße in diese Richtung waren jedoch immer wieder an äußerster sowjetischer Zurückhaltung ge-

scheitert. Erst im Februar 1948 änderte sich das: Nun erhielt die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) - bisher nur ein relativ schwaches Koordinierungsgremium für die verschiedenen zentralen Fachverwaltungen auf der einen, die fünf föderalen Landesregierungen auf der anderen Seite - tatsächlich umfassende, zentrale Gesetzgebungskompetenzen übertragen.² Im Herbst 1949 ging aus ihr die erste Provisorische Regierung der DDR hervor.

Im folgenden möchte ich aufzuzeigen versuchen, daß hierin mehr zu sehen ist als nur eine zufällige zeitliche Parallelität. Die Rückwirkungen der tschechoslowakischen Entwicklung auf die sowjetische Politik, und damit auch auf die sowjetische Deutschlandpolitik, zeigen sich deutlicher, wenn man die Vorgeschichte der kommunistischen Machtübernahme bis in den Sommer 1947 zurückverfolgt.

Die Ablehnung des Marshall-Plans

Die Ankündigung von großzügiger Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau Europas durch den amerikanischen Außenminister Marshall am 6. Juni 1947, in der historischen Rückschau heute weitge-

* Leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages zur Konferenz "The Czechoslovak February, 1948: Its Repercussion at Home and Abroad" am Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Prag (19.-21.2.1998).

¹ Protokoll Nr. 57 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats (ZS) der SED v. 19.3.1948, in: SAPMO-BArch (Stiftung Archiv d. Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), DY 30/IV/2/2.1/183.

² Obwohl in der sowjetischen Besatzungszone sehr früh zentrale deutsche Fachverwaltungen als Hilfsorgane der sowjetischen Militärverwaltung geschaffen wurden, standen zunächst nur den Landesverwaltungen bzw. -parlamenten Gesetzgebungskompetenzen zu. Vgl. Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der SMAD vom 27.7.1945 (Bildung von zunächst 11 Zentralverwaltungen), Befehl Nr. 110 des Obersten Chefs der SMAD vom 22.10.1945 (Gesetzgebungskompetenz für die Landes- und Provinzialverwaltungen) sowie Befehl Nr. 332 des Obersten Chefs der SMAD vom 27.11.1946 (Gesetzgebungskompetenz für die gewählten Landes- und Provinzialparlamente), alle drei abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin (Ost) 1968, S. 100-102 bzw. S. 183-184 bzw. S. 347.

hend einvernehmlich als einer der markanten Wendepunkte in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben, stellte die sowjetische Politik vor eine schwierige Entscheidung.³ Die Aussicht auf günstige Kredite war verlockend, die mit dem Plan verbundene, auf engere europäische Zusammenarbeit zielende politische Intention konnte jedoch auch als Bedrohung sowjetischer Interessen aufgefaßt werden. Obwohl schon erste Einschätzungen und Analysen, vorgenommen vom sowjetischen Botschafter in Washington Novikov und vom Wirtschaftsfachmann Varga, vor der amerikanischen Absicht warnten, mit Hilfe des Plans einen gegen die Sowjetunion gerichteten westeuropäischen Block - eingeschlossen die westlichen Besatzungszonen Deutschlands - zu bilden, nahm Außenminister Molotov die Einladung seiner britischen und französischen Kollegen Bevin und Bidault zu Vorverhandlungen in Paris an. Ganz offensichtlich sollte zumindest erkundet werden, ob sich das amerikanische Angebot nicht doch zum Vorteil der Sowjetunion nutzen ließ. Am 22. Juni 1947 wurden außerdem die sowjetischen Botschafter in Warschau, Belgrad und Prag von Molotov angewiesen, den jeweiligen Regierungen ebenso wie den Chefs der dortigen kommunistischen Parteien mitzuteilen, die sowjetische Regierung „thought it desirable that

the friendly allied countries, from their side, take the initiative in arranging their participation in the drawing up of such an economic program (...)“.⁴ Vor allem in Polen und der Tschechoslowakei nährte diese sowjetische Aufforderung die Hoffnung, tatsächlich am angekündigten „European Recovery Program“ teilnehmen zu können. Nur in der Tschechoslowakei gediehen die internen Entscheidungsprozesse jedoch soweit, daß es schließlich zu einem ersten Abstimmungsproblem zwischen Moskau und der Regierung in Prag kam, als sich die sowjetischen Haltung innerhalb weniger Tage wandelte; oder besser gesagt: als sie eindeutige Konturen angenommen hatte.

Die tschechoslowakische Regierung der „Nationalen Front“, die sich am 24. Juni 1947 erstmals näher mit dem Marshallplan befaßt hatte, sprach sich am 7. Juli 1947 einmütig für die Annahme der britisch-französischen Einladung zur Pariser Konferenz vom 12. Juli 1947 aus, obwohl Molotov am 2. Juli 1947 die Pariser Vorverhandlungen für die Sowjetunion abgebrochen hatte. Darin lag keinesfalls eine offene Auflehnung, sondern die tschechoslowakische Regierung ging dabei von der - zunächst durchaus berechtigten - Annahme aus, diese Entscheidung werde von der Sowjetunion gebilligt.⁵ Während in der sowjetischen Führung auch einige Tage nach Molotovs Rückzug noch erwogen wurde, ob der Erfolg der Pariser Konferenz vielleicht

³ Text der Rede Marshalls in: Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht 1 (1948), S. 467-469. Zur sowjetischen Reaktion und den Auswirkungen vgl. Scott D. Parrish, *The Turn Toward Confrontation: The Soviet Reaction to the Marshall Plan 1947* sowie Mikhail M. Narinsky, *The Soviet Union and the Marshall Plan*, beide in: CWIHP (Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars), Working Paper No. 9, Washington 1994, außerdem Walter Heering, *Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 22/23 1997, S. 30-38.

⁴ Zitiert nach Parrish, *Confrontation*, S. 19.

⁵ Karel Kaplan, *Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945-1948*, München/Wien 1981, S. 106-110; Karel Kaplan/Vojtech Mastny, *Stalin, Czechoslovakia, and the Marshall Plan: New Documentation from Czechoslovak Archives*, in: *Bohemia* 32 (1991), S. 133-144; Parrish, *Confrontation*, S. 26-31; Karel Krátký, *Czechoslovakia, The Soviet Union and the Marshall Plan*, in: *Odd Arne Westad/Sven Holtsmark/Iver B. Neumann* (Hrsg.), *The Soviet Union in Eastern Europe, 1945-1989*, London 1994, S. 9-25.

durch die anfängliche Beteiligung und den späteren Rückzug mehrerer osteuropäischer Delegationen im sowjetischen Interesse negativ beeinträchtigt werden könne, stand spätestens am 9. Juli 1947 fest, als sich die von Gottwald geführte tschechoslowakische Regierungsdelegation in Moskau aufhielt,⁶ daß man jegliche Beteiligung der Staaten des eigenen Einflußbereiches als zu große Gefahr einstufen und deshalb verhindern müsse. Die anfänglich unklare, dann aber ultimative sowjetische Haltung zwang die Prager Regierung am 10. Juli 1947 dazu, ihre bereits öffentlich gemachte Entscheidung zur Teilnahme an der Pariser Konferenz wieder zurückzunehmen: ein weithin sichtbarer, eigentlich vermeidbarer, von der zeitgenössischen westlichen Presse zusätzlich hervorgehobener Eingriff in die tschechoslowakische Souveränität hatte stattgefunden.

Auch wenn die entstandenen „Komplikationen“ im bilateralen Verhältnis durch den tschechoslowakischen Rückzieher relativ schnell wieder aus der Welt geschafft wurden, hatten sie dennoch weitreichende Auswirkungen. Die von vitalen wirtschaftlichen Interessen getragene Reaktion der tschechoslowakische Koalitionsregierung auf die Ankündigung des Marshallplans führte der Sowjetunion im Sommer 1947 deutlich vor Augen, wie

unvollkommen die kommunistische Kontrolle über die Staaten ihrer neuen europäischen Einflußsphäre zu dieser Zeit noch war. Da der Marshallplan vor allem darauf abzu zielen schien, den sowjetischen Einfluß in Europa zu unterminieren, „Stalin apparently decided that he would no longer place any faith in cooperation with the Western powers (...). From this point forward, the Soviet Union would rely upon unilateral action to safeguard its security interests.“⁷ Dieser Strategiewechsel erhielt seinen deutlichsten Ausdruck in der sowjetischen Entscheidung, ein neues Koordinationszentrum für die europäischen kommunistischen Parteien zu schaffen: Das „Kommunistische Informationsbüro“ (Kominform), dessen Gründung bereits seit Kriegsende diskutiert, im September 1947 nun aber in die Praxis umgesetzt wurde.⁸ Die in den osteuropäischen Staaten bisher noch gegebenen Möglichkeiten von politischem Pluralismus und legaler Opposition - in der Tschechoslowakei oder Ungarn waren sie noch größer, in Polen, Bulgarien und Rumänien schon kleiner - wurden nun schrittweise immer mehr eingeschränkt. Auswirkungen dieser veränderten sowjetischen Haltung schlugen sich auch in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland deutlich nieder.

Obwohl die mögliche Beteiligung der deutschen Besatzungszonen am amerikanischen Hilfsprogramm für die Pariser Vorverhandlungen eine große Rolle ge-

⁶ Wie schon früher vermutet und heute eindeutig nachzuweisen, ging dem Gespräch Stalins mit der tschechoslowakischen Regierungsdelegation am Abend des 9.7.1947 ein längeres persönliches Gespräch zwischen Stalin und dem KPTsch-Chef Gottwald im Beisein Molotovs voraus. Auch am 11.7.1947 wurde Gottwald nochmals von Stalin - im Beisein Molotovs und Mikojans - empfangen. Vgl. A.V. Korotkov/ A.D. Cernev/ A.A. Černabaev, Die Besucher im Arbeitszimmer J. V. Stalins. Eintragungsbücher (-hefte) für jene Personen, die vom ersten Generalsekretär empfangen wurden, 1924-1953, Teil 1946-1949 [russisch], in: Istorický archiv 5-6/1996. Für die Übersetzung der russischen Dokumente danke ich meinem Kollegen Michael Kubina.

⁷ Parrish, *Confrontation*, S. 27; Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, New York/Oxford 1996, hier insbesondere S. 30-46.

⁸ Jan Foitzik, Die Bildung des Kominform-Büros 1947 im Lichte neuer Quellen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 12 (1992), S. 1109-1126; Anna Di Biagio, The Establishment of the Cominform, in: Giuliano Procacci (Hrsg.), *The Cominform. Minutes of the Three Conference 1947/1948/1949*, Mailand 1994, S. 11-34.

spielt hatte,⁹ nahm die SED erst zu einem ausgesprochen späten Zeitpunkt offiziell Stellung zum Marshallplan. Während sich andere deutsche Parteien frühzeitig und zustimmend äußerten, was selbst in der sowjetischen Besatzungszone bis zu einem gewissen Grad möglich war,¹⁰ hielt sich die SED zunächst auffallend zurück. Erst am 23. Juli 1947, mehr als sechs Wochen nach Marshalls Rede in Harvard, gab das Zentralsekretariat der Partei unter der Überschrift „Der Marshallplan und Deutschland“ eine eigene Entschließung bekannt.¹¹ In ihr wurde die mögliche Einbeziehung der deutschen Westzonen in das Hilfsprogramm grundsätzlich abgelehnt und stattdessen die Forderung aufgestellt, „aus eigener Kraft“ ein „besseres Leben“ für das deutsche Volk zu erarbeiten. Der Gedanke, daß vielleicht die sowjetische Besat-

zungszone selbst am Hilfsprogramm beteiligt werden könnte, wurde hier nicht einmal mehr angedeutet.

Über die Hintergründe für diese verzögerte Stellungnahme ist viel spekuliert worden. Fest steht heute, daß sie nicht auf einen geheimen Besuch der SED-Spitze in Moskau zurückzuführen ist.¹² Noch bevor es überhaupt zu einer ersten Erörterung innerhalb des Führungszirkels der SED kam, erteilte jedoch offensichtlich die sowjetische Militäradministration in dieser heiklen Frage genaue Verhaltensmaßregeln.¹³ Am 3. Juli 1947, als Molotov die Pariser Verhandlungen schon abgebrochen hatte, befaßte sich dann auch das Zentralsekretariat näher mit den Ergebnissen der Konferenz.¹⁴ Ohne den Diskussionsgang wiederzugeben, vermerkt das Protokoll, daß Pieck zunächst Hinweise für die Information der Presse erteilte und man anschließend die offizielle Haltung der Partei „in eingehender Aussprache klargestellt“ habe. Inwiefern dabei möglicherweise strittige wirtschaftspolitische Argumente eine Rolle spielten, ist nicht zu erkennen. Die Ursache für das lange Ausbleiben einer Stellungnahme zum Marshallplan dürfte aber nicht so sehr in internen Meinungsverschiedenheiten, sondern eher darin liegen, daß die SED von sowjetischer Seite die schwierige Aufgabe erhalten

⁹ Parrish, *Confrontation*, S. 22/23; Narinsky, *Soviet Union*, S. 45-47; Krátký, *Czechoslovakia*, S. 16.

¹⁰ In der überregionalen CDU-Zeitung "Neue Zeit" erschienen im Juni und Juli 1947 mehrere längere Artikel, in denen der Marshallplan ausdrücklich begrüßt wurde. Noch am 5.7.1947 äußerte Jakob Kaiser, der CDU-Vorsitzende in der SBZ, nochmals die Hoffnung, "daß die Sowjetunion mit beteiligt und daß unter solchen Bedingungen ganz Deutschland einheitlich der Vorteile der Wirtschaftshilfe teilhaftig werden solle." Vgl. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart u.a. 1969, S. 154.

¹¹ Protokoll Nr. 123 der Sitzung des ZS der SED vom 23.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.1/111. Die Entschließung wurde erstmals veröffentlicht in: "Neues Deutschland" vom 25.7.1947. Anlässlich der Leipziger Herbstmesse präsentierte die SED Anfang September 1947 einen angeblich von Ulbricht verfaßten, nachweislich aber von sowjetischer Seite vorgegebenen "Deutschen Plan", der die Einbeziehung Deutschlands in den Marshallplan nochmals zurückwies und statt dessen den Übergang zur zentralen, gesamtdeutschen Wirtschaftsplanung forderte. Der Plan wurde erstmals veröffentlicht in: "Neues Deutschland" vom 2.9.1947.

¹² Diese Begründung führte Erich W. Gniffke, bis Oktober 1948 selbst Mitglied des ZS der SED, in seinen späteren Erinnerungen an: Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966, S. 249-251. Der von Gniffke hier beschriebene Besuch fand jedoch tatsächlich schon vom 30.1. bis 7.2.1947 statt und diente der Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 (vgl. dazu ausführlicher Anm. 21).

¹³ Vgl. den Hinweis auf eine "Besprechung in Karlshorst" im Protokoll Nr. 117 der Sitzung des ZS der SED vom 30.6.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/106, die bisher jedoch nicht näher dokumentiert ist.

¹⁴ Protokoll Nr. 120 der Sitzung des ZS der SED vom 3.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/108.

hatte, eine gemeinsame ablehnende Erklärung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ - also aller drei zugelassenen Parteien SED, CDU und LDP - zu erreichen. Wegen anhaltenden Widerstandes des CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser gelang ihr dies jedoch nicht.¹⁵ Angesichts der inzwischen eingetretenen zeitlichen Verzögerung erwogen die Mitglieder des Zentralsekretariats, ob eine Verlautbarung der Partei überhaupt noch „zweckmäßig“ sei, entschieden sich aber dafür.¹⁶

Erste Schritte zu einer zentralen Wirtschaftsverwaltung

Während die offizielle Stellungnahme der SED zum Marshallplan mehr als sechs Wochen auf sich warten ließ, wurden in der sowjetischen Besatzungszone auf der institutionellen Ebene in Reaktion auf die veränderte amerikanische Politik

allerdings ausgesprochen schnell neue Weichen gestellt. Nur wenige Tage, nachdem der amerikanische Außenminister die Idee der verstärkten Wirtschaftshilfe öffentlich vorgestellt hatte und in der amerikanischen und britischen Zone die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsrates proklamiert worden war,¹⁷ konstituierte sich in der sowjetischen Zone am 11. Juni 1947 die „Deutsche Wirtschaftskommission“.¹⁸ Ein knappes halbes Jahr zuvor, als sich eine Delegation der SED-Führung zur Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz in Moskau aufhielt, hatte Stalin den Vorschlag zur Bildung eines solchen „Zonenorgans“ am 31. Januar 1947 noch abgelehnt.¹⁹ Dieser von der SED bereits seit

¹⁵ In den offiziellen Protokollen der beiden Sitzungen des zentralen Einheitsfrontausschusses nach der Ankündigung der amerikanischen Wirtschaftshilfe vom 10.7.1947 und 6.8.1947 ist ein solcher Versuch der SED nicht dokumentiert. Vgl. Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 209-232. Durch neue Quellen belegt ist jedoch eine Unterredung der drei Parteivorsitzenden Pieck (SED), Kaiser (CDU) und Külz (LDP) am 17.7.1947, in der sich deutlich zeigte, daß Kaiser immer noch die Hoffnung hegte, die Alliierten könnten sich vielleicht doch noch über den Marshallplan verständigen. "Aktennotiz" über eine Besprechung zwischen Pieck, Kaiser und Külz am 17.7.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036/719, Bl. 34-35. Über diese Unterredung berichtete Pieck in der Sitzung des ZS der SED am 23.7.1947, in der auch die Entscheidung zur Herausgabe einer alleinigen SED-Stellungnahme zum Marshallplan getroffen wurde.

¹⁶ Protokolle Nr. 122 und Nr. 123 der Sitzungen des ZS der SED vom 16. und 23.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/110 bzw 111.

¹⁷ Das anglo-amerikanische "Abkommen über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung" wurde am 29.5.1947 getroffen und hatte die Einrichtung des gemeinsamen "Frankfurter Wirtschaftsrates" für beide Besatzungszonen zur Folge.

¹⁸ Befehl Nr. 138 des Obersten Chefs der SMAD vom 4.6.1947, abgedr. in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 467-468; Wolfgang Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2. Auflage, München 1993, S. 253-296.

¹⁹ Vgl. die Notizen des SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck zu diesem Besuch, in: SAPMO-BArch, NY 4036/694, Bl. 2-34, abgedruckt in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 110-126. Vgl. auch die Unterlagen der Abteilung für Außenpolitik des ZK der KPdSU (B) über diesen Besuch, mit ausführlichem Kommentar wiedergegeben in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar - 7. Februar 1947, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1994), S. 279-303. In der DDR-Historiographie erstmals erwähnt wurde der betreffende Moskau-Besuch der SED-Spitze

längerem geforderte Schritt sollte die Möglichkeit der alliierten Verständigung über eine gesamtdeutsche Regierung nicht beeinträchtigen.

Innerhalb des zentralen Parteiapparates der SED waren die Bemühungen um Vereinheitlichung und Zentralisierung der Wirtschaftsverwaltung schon seit Sommer 1946 vorangetrieben worden. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Bruno Leuschner, legte der Parteiführung zum Beispiel schon am 13. Mai 1946 den Plan zur Bildung eines „Deutschen Wirtschaftsbeirates“ bei der SMAD vor,²⁰ am 6. August 1946 folgten detaillierte Vorschläge für die Bildung eines „Wirtschaftsbüros“.²¹ Nach den ersten Landtagswahlen im Herbst 1946 arbeitete die SED - in enger Abstimmung mit dem Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsfragen, Konstantin I. Koval - sogar schon Statut, Struktur- und Stellenplan sowie Personalvorschläge für ein „Deutsches Amt für Wirtschaftsplanung“ aus, das als übergeordnete Behörde für die Wirtschaftsministerien der Länder fungieren und schon die Form einer „Art Regierung“ haben sollte.²² Doch zur Realisierung dieser Pläne

kam es nicht. Obwohl auch hohe Repräsentanten der SMAD das Anliegen der SED, eine „größere Manövrierfähigkeit (...) in allen Fragen der Innen- und Außenpolitik“ zu erhalten und der deutschen Verwaltung mehr Kompetenzen zu übertragen, unterstützten,²³ erhielt die Partei im Dezember 1946 lediglich die Erlaubnis, ihre eigene Wirtschaftsabteilung personell und funktionell weiter auszubauen, um die notwendige zentrale Koordinierung zumindest „behelfsmäßig“ selbst vornehmen zu können.²⁴

Nachdem der Oberste Chef der SMAD selbst, Marschall Sokolovskij, im Januar 1947 vage versprochen hatte, die Verantwortung für Wirtschaftsplanung bald in deutsche Hand zu übergeben,²⁵ sprach Ulbricht schon begeistert von einem „Wendepunkt“ in der Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone und sah den Übergang zur Volksdemokratie gekommen.²⁶ Nur wenig später stellte Koval jedoch erneut klar, daß man zur Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben zwar einen „starken deutschen Apparat“ brauche, die „Frage der provisorischen

von Gerhard Roßmann, Die brüderlichen Beziehungen zur Partei und zum Lande Lenins, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2 (1975), S. 210-231, hier S. 218/219.

²⁰ "Entwurf zum Befehl über die Strukturfragen in der Wirtschaft" vom 13.5.1946, Leuschner, in: SAPMO-BArch, NY 4182/950, Bl. 116-119.

²¹ Leuschner an das ZS der SED betr. "Bildung eines Wirtschaftsbüros für die sowjetische Besatzungszone einschließlich planökonomischer Abteilung" vom 6.8.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182/950, Bl. 125-126.

²² Notizen Piecks zu einer "Besprechung über Wirtschaftsfragen" mit Koval am 25.10.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036/734, Bl. 218-229, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 85-93; Verordnung und Statut für das "Deutsche Amt für Wirtschaftsplanung" vom 21.11.1946 sowie einen entsprechenden Stellenplan und Perso-

nalsvorschläge, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/602/109, Bl. 27-29 und 35-38.

²³ General Bokov, Vertreter des Militärrats der SMAD, an den Sekretär des ZK der KPdSU (B), Suslov, vom 18.11.1946, zit. in: Jochen Laufer, Auf dem Weg zur staatlichen Selbstständigkeit der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 27-55, hier S. 35.

²⁴ "Protokoll der Besprechung mit den Genossen Fechner, Ulbricht, Leuschner über Wirtschaftsfragen" vom 31.12.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182/950, Bl. 165-167.

²⁵ Notizen Piecks über eine "Besprechung beim Marschall" am 11.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036/734, Bl. 262-275, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 100-102.

²⁶ Stenographische Niederschrift über die 8. Tagung des PV (Partei Vorstand) der SED am 22./23.1.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/7.

Regierung“ aber noch nicht eindeutig entschieden werden könne.²⁷

Mit Blick auf die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und die bevorstehende Moskauer Außenministerkonferenz forderte schließlich am 27. Februar 1947 auch der Politische Berater des Obersten Chefs der SMAD, Vladimir S. Semënov, in einem Schreiben an das sowjetische Außenministerium ausdrücklich mehr „Macht im Maßstab der ganzen Zonen“ für die SED. Die Führungskader der Partei müßten das Regieren eines Staates lernen. Zur besseren Vorbereitung der deutschen Kommunisten auf ihre Aufgaben in einer eventuell bald zustandekommenden gesamtdeutschen Regierung schlug Semënov die Bildung eines „Zonenrates“ vor, dessen Exekutivkomitee bei guter personeller Besetzung nicht nur die Gewähr für die einheitliche Umsetzung politischer Maßnahmen bieten, sondern zugleich als effektives Kontrollorgan über die deutsche Wirtschaftsverwaltung fungieren könne.²⁸ Doch selbst nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz wurden die Vorbehalte gegen eine zu schnelle Zentralisierung von Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone, die mit einem auch nach außen sichtbaren Machtzuwachs für die SED verbunden wären, in Moskau nicht aufgegeben. Abhilfe bei den immer deutlicher zutage tretenden Reibereien zwischen Zentralverwaltungen und Länderministerien sollte deshalb ein zwischen

den deutschen Verwaltungen selbst getroffenes Abkommen über die jeweiligen Kompetenzen schaffen.²⁹ Tatsächlich gewannen die Konflikte nach dieser Vereinbarung jedoch weiter an Schärfe.

Daran änderte sich auch nicht sehr viel, als im Juni 1947 schließlich doch die lange geforderte zentrale Wirtschaftsinstanz in Form der „Deutsche Wirtschaftskommission“ eingerichtet wurde. Ihr wurde die Aufgabe zugewiesen, künftig die Arbeit der zonalen wirtschaftlichen Zentralverwaltungen untereinander und die Zusammenarbeit mit den föderalen Länderministerien besser zu koordinieren. Sie erhielt jedoch formal-rechtlich keinerlei gesetzgebende Kompetenzen zugestanden, konnte also tatsächlich nur als Koordinierungsgremium fungieren. Ihre Abteilung für Wirtschaftsfragen, deren Leitung der bisher innerhalb des zentralen Parteiapparates tätige Bruno Leuschner übernahm, entwickelte sich allerdings in den folgenden Monaten sehr schnell zur eigentlichen planwirtschaftlichen Schaltzentrale für die sowjetische Besatzungszone. Der personelle und funktionelle Ausbau der SED-Wirtschaftsabteilung - im Dezember 1946 nur eine Notlösung - machte sich nun also doch bezahlt.

Die Realisierung ihres Traums von der schnellen Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone zu einer mit den anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs gleichberechtigten „Volksdemokratie“ blieb den deutschen Einheitssozialisten allerdings noch verwehrt - zumindest was die formelle Seite anging. Zwar wurde

²⁷ Protokoll einer Konferenz Kovals mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der deutschen Zentralverwaltungen am 24.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 44-51.

²⁸ Vgl. ein bereits im Oktober 1946 von Semënov entworfenes, aber erst am 27.2.1947 an den Leiter der für Deutschland zuständigen 3. Europäischen Abteilung des Moskauer Außenministeriums übermitteltes Memorandum "Über die Schaffung eines Zonenrates für die SBZ", zit. in: Laufer, *Verselbständigung*, S. 36/37.

²⁹ Das Abkommen lag im Februar 1947 im Entwurf vor, fand jedoch erst im April 1947 die Zustimmung aller Beteiligten und wurde schließlich am 4.6.1947 von der SMAD bestätigt. Vgl. ausführlicher dazu André Steiner, *Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 49/50 (1993)*, S. 32-39.

die politische und wirtschaftliche Umwälzung auch hier zügig vorangetrieben und sah im mancher Hinsicht aus wie in den anderen Ländern,³⁰ im Falle der sowjetischen Besatzungszone offen von einer „Volksdemokratie“ zu sprechen, lehnte Stalin jedoch ausdrücklich ab.³¹ Auch an der Gründung des Kominform auf ehemals deutschem Territorium, im nunmehr polnischen Riesengebirge, durfte sich die SED im Herbst 1947 nicht beteiligen.³² In den Vorbereitungen der Abteilung Außenpolitik des ZK der KPdSU war lediglich erwogen worden, die künftige staatliche und wirtschaftliche Ordnung Deutschlands als Gegenstand der Erörterung auf die Tagesordnung zu setzen, was aber nicht geschah.³³

³⁰ Vgl. dazu die systematisch vergleichende Untersuchung Wolfgang Diepenthals: ders., *Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1948*, Köln 1974.

³¹ Notizen Piecks über das Ergebnis der vierstündigen Besprechung mit Stalin am 18.12.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036/695, Bl. 42-47, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 259-263.

³² An der Gründung des "Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien" (Kominform) im schlesischen Kurort Szklarska Porecna (Schreiberhau) vom 22. bis 27.9.1947 waren Vertreter der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns sowie Italiens und Frankreichs beteiligt. Nach bisherigem Kenntnisstand war die SED-Führung nicht über die bevorstehende Gründung informiert, sondern erfuhr erst am 5.10.1947 aus Pressemeldungen über dieses Ereignis. Sie würdigte die Gründung des Kominform nachträglich als "Beitrag zur Verteidigung des Völkerfriedens" und bemühte sich auch in den folgenden Jahren stets darum, seine Beschlüsse so umzusetzen, als sei sie selbst Mitglied. Vgl. ausführlicher Thomas Friedrich, *Das Kominform und die SED*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 3 (1991), S. 322-336.

³³ Di Biagio, *Establishment*, S. 18.

Der Prager Putsch und die SED-Spitze

Wohlwissend, „daß zwischen den sozialistischen Parteien Europas und dem deutschen Volk noch Berge von Leichen liegen, die das fluchwürdige Hitlersystem überall in der Welt aufhäufte“, bemühte sich die SED seit ihrem 2. Parteitag verstärkt um das Anknüpfen internationaler Kontakte.³⁴ Im Januar 1948 richtete sie zu diesem Zweck ein „Büro für internationale Fragen“ ein.³⁵ Von den Ereignis-

³⁴ Als Gäste des 2. Parteitages der SED (20. bis 24.9.1947) wurden Vertreter der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Schwedens, Norwegens, Frankreichs, Luxemburgs, der Schweiz, Ungarns und Jugoslawiens begrüßt. Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, Berlin (Ost) 1947, S. 12-13. Das Mitglied des ZS der SED Franz Dahlem führte mit ihnen am 24.9.1947 Gespräche über die stärkere internationale Zusammenarbeit. Am 25.9.1947 wurde Dahlem beauftragt, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, "wie die angeknüpften Verbindungen gefestigt und ausgebaut werden können." Protokoll Nr. 147 der Sitzung des ZS der SED am 25.9.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/133. Vgl. auch Michael F. Scholz, *Zur internationalen Arbeit von KPD/SED vor Gründung der DDR*, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), "Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums: Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 177-182.

³⁵ Im Verantwortungsbereich von Dahlem angesiedelt und unter der Abteilungsleitung von Grete Keilson stehend, sollten die Aufgaben dieses Büros darin bestehen, "die vielfachen Beziehungen auszuwerten und festzuzuknüpfen, die sich in zunehmendem Maße seit dem 2. Parteitag mit den verschiedenen Ländern entwickeln. Insbesondere soll die Aufgabe darin bestehen, daß einerseits die Anforderungen der Bruderparteien und befreundeter Kreise im Ausland nach konkreten Informationen über die Politik der SED und über die Lage in Deutschland befriedigt werden können und daß andererseits die Auswertung des einlaufenden Materials aus den verschiedenen Parteien für die interne Orientierung des Zentralsekretariats, für die Information der Partei bzw. der Öffentlichkeit durch den Apparat des Pressedienstes usw. erfolgt. Das Büro hat weiter die Aufgabe, die Schaffung

sen in der Tschechoslowakei, die schließlich zur offenen Machtübernahme der Kommunisten führten, erfuhren die Mitglieder des Zentralsekretariats nach allen bisher vorliegenden Informationen dennoch erst Genaueres, als die durch das Rücktrittsangebot einiger Minister ausgelöste Krise der bisherigen Koalitionsregierung bereits offenkundig geworden war. Die Nachrichten von der Regierungskrise im Nachbarland beherrschten seit dem 21. Februar 1947 die Hauptschlagzeilen des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“. Das dabei vermittelte Bild von den Ereignissen folgte ganz der Version, die auch von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) verbreitet wurde: Der kommunistische Innenminister Nosek habe ein „Komplott zur Organisation eines bewaffneten Aufstandes“ aufgedeckt, dessen Aufklärung bestimmte, jetzt mit Rücktritt drohende Regierungsmitglieder zu behindern versuchten.³⁶ Walter Bartel, der persönliche Referent des SED-Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck, der sich vom 21. bis 27. Februar 1948 in Prag aufhielt und aus der Zeit seines Exils in Prag sowie als Vorsitzender des illegalen Internationalen Lagerkomitees im Konzentrationslager Buchenwald über zahlreiche Kontakte zu Parteigenossen der KPTsch, unter anderem auch zum einflußreichen Gewerk-

schaftsführer Antonín Zápotocký, verfügte, beschränkte sich bei seiner öffentlichen Berichterstattung über die Prager Ereignisse ganz darauf, die breite Unterstützung der Bevölkerung für die neue, von Staatspräsident Beneš am 25. Februar 1948 bestätigte Regierung unter Führung Klement Gottwalds zu schildern.³⁷ Daß Bartel zumindest einzelne Mitglieder seiner Parteiführung näher über die Hintergründe der Machtübernahme informierte, ist anzunehmen, bisher aber nicht näher zu belegen.

Dem Bericht des vormaligen Sozialdemokraten Erich W. Gniffke zufolge, im Frühjahr 1948 noch Mitglied des Zentralsekretariats der SED, bevor er sich im Oktober 1948 zur Flucht in den Westen entschloß, waren es drei namentlich nicht genannte tschechische Sozialdemokraten, die bei ihrem Besuch in Berlin Ende des Monats Februar 1948 gegenüber Max Fechner und Erich W. Gniffke genauere Auskunft über die tatsächlich vor sich gehende kommunistische Machtübernahme gaben und damit die Berichterstattung der westlichen Presse bestätigten.³⁸ Doch erst, als einige Tage später - am 10. März 1948 - die Nachricht vom Tode des Außenministers Jan Masaryks eintraf, ergriffen Fechner und Gniffke diesem Bericht zufolge die Initiative und sprachen die Entwicklung im Nachbarland in einer Sitzung des Zentralsekretariats der SED offen an - ein Vorgang, der sich in den offiziellen Protokollen dieses Gremiums allerdings nicht widerspiegelt. Sichtlich beunruhigt über die Anschuldigungen der tschechischen Sozialdemokraten gegen die Vorgehensweise der KPTsch, habe Pieck - der über seinen

einer Abteilung für internationale Verbindungen vorzubereiten, sobald ein Zusammenschluß mit dem Auslands-Pressedienst erfolgen kann und die weitere personelle Besetzung gewährleistet ist.“ Protokoll Nr. 41 der Sitzung des ZS der SED vom 26.1.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/168. Das Büro nahm seine Tätigkeit allerdings nur sehr langsam auf. Die Zahl von fünf Mitarbeitern wurde auch 1949/50 noch nicht überschritten.

³⁶ „Neues Deutschland“ vom 21.2. bis 6.3. sowie vom 11. und 12.3.1948. Zum Ablauf der tatsächlichen Ereignisse vgl. Karel Kaplan, Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945-1948, München/Wien 1981.

³⁷ Beitrag „In Prag sprach das Volk“ von Walter Bartel, abgedruckt in: „Neues Deutschland“ vom 5. und 6.3.1948. Zur Person vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.), Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994, insbesondere S. 129-133.

³⁸ Vgl. Gniffke, Jahre, S. 288-291.

persönlichen Referenten Bartel sehr wahrscheinlich schon gut informiert gewesen sein dürfte - daraufhin vorgeschlagen, einen Bericht Bruno Köhlers anzufordern. Köhler, Mitbegründer der KPTsch und ehemals hoher Kominintern-Funktionär, den Pieck und Ulbricht aus dem gemeinsamen Moskauer Exil gut kannten, hatte nach seiner Rückkehr im Herbst 1945 zusammen mit Robert Korb und Rudolf Appelt den „Kadertransfer“ von etwa 20.000 ideologisch überprüften sudetendeutschen Kommunisten und Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone organisiert und für die zu dieser Zeit noch in Planung befindliche SED damit wichtige Aufbauhilfe geleistet.³⁹ Er selbst siedelte spätestens im Januar 1946 nach Berlin über und baute hier die Presseabteilung der KPD zu einem auch konspirativ arbeitenden Nachrichtenbüro aus.⁴⁰ Erst im Herbst 1947 war er in die Dienste der KPTsch nach Prag zurückgekehrt.

Am 19. März 1948 erstattete Bruno Köhler dem Zentralsekretariat tatsächlich ausführlich Bericht.⁴¹ Demzufolge han-

³⁹ Jan Foitzik, Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1983), S. 308-334. Im Nachlaß Piecks finden sich entsprechende Berichte über Köhlers Tätigkeit: SAPMO-BArch, NY 4036/631, Bl. 20-22 bzw. 44-45.

⁴⁰ Zur Bedeutung dieses von Köhler geleiteten Büros im Vereinigungsprozeß von KPD und SPD vgl. Friederike Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 119-215, hier S. 194/195.

⁴¹ Protokoll Nr. 57 der Sitzung des ZS der SED vom 19.3.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.1/183 (TOP 2). Das Protokoll selbst hält keinerlei Details dazu fest. Vgl. aber Gniffke, Jahre, S. 189 sowie S. 288-291. Bruno Köhler zeichnete auch verantwortlich für einen Bericht über die tschechoslowakischen Ereignisse, der in der SBZ als Schulungs- und Referentenmaterial des

delten Gottwald, Beneš und Masaryk angeblich während der gesamten Regierungskrise in vollem Einvernehmen, gegenteilige Behauptungen müßten als falsch zurückgewiesen werden. Innenminister Nosek habe den Plan eines „Komplots“ aufgedeckt, dessen Drahtzieher im Ausland agierten. Der durch den Rücktritt der Minister eingeleitete „Anschlag“ auf die tschechoslowakische Volksdemokratie sei erwiesenermaßen Teil eines Gesamtplanes der „internationalen Reaktion“ gewesen. Diese Feststellung sehe man bestätigt durch die Meldungen der westlichen Presse, der Ausgang der „Schlacht um Europa“ hänge ganz wesentlich von der Entwicklung in der Tschechoslowakei ab. Mit „brüderlichen Grüßen“ und „besten Wünschen“ für den sozialistischen Aufbau in der Tschechoslowakei wurde Köhler vom Zentralsekretariat der SED verabschiedet.

Die Feststellung, daß innerhalb der SED-Führung im Verlauf des Monats Februar 1948 noch niemand über die sich vollziehende kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei genauer informiert gewesen sein soll,⁴² überrascht vor allem aus zwei Gründen: zum einen, weil zwischen der SED und der KPTsch durch den sudetendeutschen „Kadertransfer“ generell enge personelle Verbindungen bestanden,⁴³ zum anderen, weil seit

FDGB verbreitet wurde: ders., Was geschah in der Tschechoslowakei? Berlin 1948.

⁴² Nach Angaben von Hubert Ripka, Czechoslovakia Enslaved: The Story of the Communist Coup d'État, Westport 1979, S. 307, wußten zumindest die ungarischen, jugoslawischen und rumänischen Kommunisten seit dem 9. Februar 1948 über das Kominform, daß in der Tschechoslowakei ein Regimewechsel unmittelbar bevorstand.

⁴³ Im zentralen Parteiapparat der SED waren zwischen 1946 und 1949 neben Bruno Köhler u.a. folgende sudetendeutsche Kommunisten in leitender Position tätig: Rudolf Appelt, Rudolf Dölling, Robert Korb, Max Schneider, Viktor Stern und Josef Winternitz. Sie waren zunächst vor allem im Bereich Propaganda und Schulung tätig, nach

Anfang Januar 1948 die Vorbereitung eines Parteiabkommens über Warenaustausch zwischen der KPTsch und der SED im vollen Gange war.⁴⁴ Der sudetendeutsche frühere KPTsch-Funktionär Rudolf Appelt, der im Frühjahr 1946 zunächst die Verantwortung für die Partiebetriebe der SED übernommen hatte, um bald darauf das Amt des Vizepräsidenten der Zentralverwaltung für Interzonen- und Außenhandel zu übernehmen, das er im Februar 1948 noch immer ausübte, hatte zum Beispiel bereits in einem ersten Kommentar zu den Prager Ereignissen, der am 24. Februar 1948 im „Neuen Deutschland“ abgedruckt wurde, interne Kenntnisse der wahren Machtverhältnisse durchscheinen lassen: An die Adresse des Staatspräsidenten Beneš, auf dessen Entscheidung über die Bestätigung der neuen, von Gottwald vorgeschlagenen Regierung zu diesem Zeitpunkt die Weltöffentlichkeit noch mit Spannung wartete, richtete er die indirekte Warnung, sich nicht als Schicksalsgott des

tschechoslowakischen Volkes zu gebärden, denn dieses habe sich bereits für Gottwald entschieden.⁴⁵ Möglicherweise zeigt sich hier also nur ein eklatantes Informationsdefizit der früheren Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten innerhalb der SED-Führungsspitze.

Die SED als Nutznießerin der kommunistischen Machtübernahme in Prag

Auch wenn die SED-Führung nicht sehr gut über den genauen Ablauf der kommunistischen Machtübernahme informiert gewesen sein sollte, konnte sie von den Auswirkungen in ihrer Rolle als künftige Staatspartei ohne Zweifel profitieren. Die Ereignisse des Februar zerstörten vor den Augen der Weltöffentlichkeit die letzte Illusionen über den vorgeblichen parlamentarisch-demokratischen Sinneswandel der kommunistischen Parteien während des Zweiten Weltkrieges und beförderten auf diese Weise die zunehmende Isolierung der westlichen kommunistischen Parteien, auch die der keineswegs selbständigen, sondern von der SED gelenkten KPD in den drei Westzonen Deutschlands. Auf der Ebene der deutschen Parteien ebenso wie auf der Ebene der Besatzungsmächte verhärteten sich dadurch die Fronten in der Auseinandersetzung um die deutsche Frage zwischen prokommunistischen und vehement antikommunistischen Kräften weiter: eine Entwicklung, aus der die SED in ihrem Bestreben nach Ausbildung und Festigung provisorischer staatlicher Strukturen in der SBZ als Nutznießerin hervorging, auch wenn sie - respektive die sowjetische Führung - dabei gleichzeitig klare Abstriche an gesamtdeutschen Ansprüchen machen mußte.

Durch den neuen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Gottwald und die neue

der Staatsgründung wechselten sie zum Teil in die Fachministerien für Sicherheit und Militär, viele auch in den diplomatischen Dienst. Vgl. Foitzik, Kadertransfer, S. 321.

⁴⁴ Eine Vereinbarung über Warenaustausch zwischen der SED und der KPTsch stand schon am 8.1.1948 auf der Tagesordnung des ZS der SED. Protokoll Nr. 34 der Sitzung des ZS der SED vom 8.1.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/162. In der ersten Februarwoche hatte Walter Beling, seit 1929 hauptamtlicher KPD-Funktionär und seit September 1947 Mitglied des ZS der SED (verantwortlich für die Geschäftsabteilung), die anderen Mitglieder des Zentralsekretariats wiederholt über entsprechende deutsch-tschechoslowakische Verhandlungen informiert. Protokolle Nr. 42 und Nr. 44 der Sitzungen des ZS der SED vom 2. und 9.2.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/169 bzw. 171. Der Gründung einer gemeinsamen Handelsfirma "Eupex" mit Sitz in Prag stand demzufolge schon im Februar 1948 nichts mehr im Wege, verzögerte sich dann aber. Protokolle Nr. 64 und Nr. 68 der Sitzungen des ZS der SED vom 12. und 19.4.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/189 bzw. 192.

⁴⁵ Beitrag "Die Demokratie verteidigt sich. Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei" von Rudolf Appelt, in: "Neues Deutschland" vom 24.2.1948.

mehrheitlich kommunistische Regierung der ČSR wurde die SED als kommende Staatspartei sehr früh außenpolitisch zusätzlich unterstützt. Offizielle Verlautbarungen der tschechoslowakischen Außenpolitik unter Leitung Jan Masaryks hatten sich in den ersten Nachkriegsjahren stets eng an das Potsdamer Abkommen gehalten, forderten also - unter der Bedingung vollständiger Entmilitarisierung und industrieller Beschränkung - die Erhaltung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.⁴⁶ An dem nicht nur rein geographisch, sondern vor allem auch historisch zu begründenden tschechoslowakischen Interesse an einer Spaltung Deutschlands hatte Klement Gottwald jedoch schon im Sommer 1947 vor seinen Parteigenossen keinen Zweifel aufkommen lassen: „Wir waren immer in der deutschen Zange, jetzt haben wir diese Zange zerrissen.“⁴⁷ In Hinblick auf die staatliche Einheit Deutschlands kann durchaus von einer zwar nicht offen eingestandenen, wohl aber vorhandenen latenten Spannung zwischen den nationalen Interessen der Tschechoslowakei und den auf gesamtdeutschen Einfluß gerichteten Großmachtinteressen der Sowjetunion gesprochen werden.⁴⁸ Mit der sich abzeichnenden Spaltung verlor diese Spannung an Bedeutung, während sich gleichzeitig die Interessen der deutschen und der tschechoslowakischen Kommunisten einander annäherten.

Am 20. März 1948, nur kurze Zeit nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei, trat in der so-

wjetischen Besatzungszone die „Deutsche Wirtschaftskommission“ erstmals als Kern der zukünftigen Regierung eines ostdeutschen Teilstaates in Erscheinung. Zeitgleich mit seinem Auszug aus dem Alliierten Kontrollrat gab Marschall Sokolovskij, der Oberste Chef der SMAD, an diesem Tag seinen Befehl Nr. 32 bekannt, demzufolge die DWK nunmehr über Gesetzgebungskompetenzen für die gesamte sowjetische Besatzungszone verfügen und umfassend reorganisiert werden solle.⁴⁹ Dieser Befehl war schon am 12. Februar 1948 ergangen, wurde aber erst bekanntgegeben, nachdem die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande auf ihrer „Londoner Konferenz“ die Bildung eines westdeutschen Staates offen auf die Tagesordnung gesetzt hatten.⁵⁰ Die SED hatte bereits

⁴⁶ Adolf Müller/Bedřich Utitz, Deutschland und die Tschechoslowakei. Zwei Nachbarvölker auf dem Weg zur Verständigung, Freudenstadt 1972, S. 56; Libor Rouček, Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990, S. 14/15.

⁴⁷ Gottwald auf einer Tagung des ZK der KPTsch vom 5.6.1947, zit. nach Foitzik, Kadertransfer, S. 325.

⁴⁸ Müller/Utitz, Deutschland, S. 56/57.

⁴⁹ Befehl Nr. 32 des Obersten Chefs der SMAD vom 12.2.1948 über die Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission, veröffentlicht am 20.3.1948 in: Zentralverordnungsblatt 8/1948, S. 89. Nur fünf Tage zuvor, am 15.3.1948, waren Sokolovskij und sein Politischer Berater, Vladimir S. Semënov, zu direkten Gesprächen mit Stalin und der sowjetischen Führungsspitze in Moskau zusammengetroffen. Korotkov/ Černev/ Černabaev, Besucher, Teil 1947-1949, in: Istorický archiv 5-6/1996. Zu den internen sowjetischen Vorbereitungen, die seit Anfang Januar 1948 von Stalin selbst geleitet wurden, vgl. jetzt auf neuer Quellenbasis: Jochen Laufer, Die UdSSR und die Ursprünge der Berlin-Blockade 1944-1948, in: Deutschland Archiv 4 (1998), S. 564-578.

⁵⁰ Die "Londoner Konferenz" (1. Session) tagte vom 23.2. bis 6.3.1948. Verhandelt wurde die Einbindung der Westzonen in die westliche Staatengemeinschaft. Fortgesetzt mit einer 2. Session vom 20.4. bis 2.6.1948 verabschiedete die "Londoner Konferenz" schließlich die "Londoner Empfehlungen", die den Anschluß der französischen Besatzungszone an die amerikanisch-britische "Bizone", die Einberufung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, die Bildung einer westdeutschen Regierung innerhalb eines Jahres, den Erlaß eines Be-

seit Dezember 1947 Vorbereitungen für die personelle Neubesetzung der Spitzen wichtiger Zentralverwaltungen mit politisch zuverlässigen SED-Funktionären getroffen, wobei neben bürgerlichen Politikern auch frühere Sozialdemokraten ins Hintertreffen gerieten.⁵¹ Schon Anfang März 1948 waren die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen - gegen den Widerstand ihrer zum großen Teil völlig überraschten bisherigen Präsidenten - als Hauptabteilungen in die Deutsche Wirtschaftskommission eingegliedert und der Leitung eines von der SED dominierten zentralen Sekretariats unterstellt worden.⁵² Gleichzeitig hatte die SED-Führung bereits personelle Vorkehrungen für die Bildung einer zentralen staatlichen Kontrollkommission bei der DWK getroffen, die sich bald zu einem ausgesprochen wirkungsvollen Instrument der Partei bei der Zentralisierung der administrativen Strukturen, bei der weiteren Verdrängung privater Betriebe im Interesse einer zentralen Planwirtschaft und nicht zuletzt bei der Gleichschaltung der politischen Parteien erweisen sollte.⁵³

Ist die SBZ eine „Volksdemokratie“?

Als Pieck und Grotewohl am Abend des 26. März 1948, bei einem kurzfristig anberaumten und lange geheim gehaltenen Besuch in Moskau über die Lage in Deutschland berichteten, mußten sie eingestehen, daß alle Polemik gegen den Marshallplan in der deutschen Bevölkerung bisher ohne große Wirkung geblie-

setzungsstatuts, die Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan sowie die Errichtung einer internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr vorsahen, an der die UdSSR nicht beteiligt sein würde.

⁵¹ Protokoll Nr. 22 der Sitzung des ZS der SED vom 1.12.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/151.

⁵² Zank, Zentralverwaltungen, S. 264.

⁵³ Protokoll Nr. 53 der Sitzung des ZS der SED vom 8.3.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/179.

ben und dem gesamtdeutschen Anspruch der SED sogar eher abträglich gewesen war.⁵⁴ Trotz gewisser Erfolge bei der „Volkskongreßbewegung“ hatten sich die Schwierigkeiten für die politische Arbeit der SED insgesamt verschärft.⁵⁵ In den drei Westzonen war die Position der KPD immer noch außerordentlich schwach, zumal die Zusammenarbeit von KPD und SED in Form einer Arbeitsgemeinschaft von den Westalliierten nicht anerkannt wurde.⁵⁶ In der sowjetischen Besatzungszone selbst - so Pieck - werde die SED als „angeblich russ.[ische] Staatspartei“ für alle Maßnahmen gegen reaktionäre Kräfte - in der westlichen Presse herausgestellt als „totalitäre Be-

⁵⁴ "Interner Bericht" Piecks über das Gespräch bei Stalin am 26.3.1948, in: SAPMO-BArch/ NY 4036, Bl. 2-29, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 190-202; Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau (25.3.-1.4.1948), in: Deutsche Studien 121 (1994), S. 95-107 (mit Dokumenten aus der Überlieferung der Abteilung für Außenpolitik des ZK der KPdSU über diesen Besuch). In der DDR-Historiographie wurde der Besuch erstmals 1975 von Roßmann, Beziehungen, S. 219 erwähnt.

⁵⁵ Der 1. "Deutsche Volkskongreß" war auf Betreiben der SED und gegen den Widerstand von Vertretern der bürgerlichen Parteien am 6./7.12.1947 als vermeintlich gesamtdeutsche politische Repräsentation in Berlin zusammengetreten und forderte - neben der Entsendung deutscher Vertreter zur Londoner Sechs-Mächte-Konferenz - eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands, die im Sommer 1948 schließlich nur in der SBZ durchgeführt wurde. Am 12.12.1947 konstituierte sich als ständiger Ausschuß des Volkskongresses, der insgesamt dreimal tagte, der sogenannte "Volksrat", aus dem im Oktober 1949 die erste Provisorische Volkskammer der DDR hervorging.

⁵⁶ Vgl. ausführlich: Michael Kubina, "Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein", in: Wilke, Anatomie, S. 413-500.

strebungen“ - verantwortlich gemacht. Die einzig richtigen Konsequenzen sahen die SED-Führer darin, die westdeutsche Parteilarbeit auf die „Illegalität vorzubereiten“ und die SED selbst politisch-ideologisch weiter zu festigen, sie also dem Vorbild der KPdSU stärker anzunähern. Die Frage nach den nächsten Schritten zur staatlichen Verselbständigung der sowjetischen Besatzungszone sprachen Pieck und Grotewohl nicht offen an, doch hatten sie ein entsprechendes schriftliches Memorandum mitgebracht. Darin votierten sie dafür, der Deutschen Wirtschaftskommission nun auch gegenüber der sowjetischen Militärverwaltung mehr Kompetenzen einzuräumen. Sie sollte dadurch in die Lage versetzt werden, den ersten längerfristigen Wirtschaftsplan für 1948 in eigener Regie durchzuführen. Stalin selbst ging auf diese Frage im direkten Zusammentreffen offensichtlich nicht ein.⁵⁷ Zum Abschluß des Besuches brachten Pieck und Grotewohl jedoch „ihre große Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß alle von ihnen aufgeworfenen Fragen positiv gelöst worden seien“ - wie ein zusammenfassender sowjetischer Informationsbericht festhielt.⁵⁸ Das Recht der Deutschen Wirtschaftskommission, für die gesamte Besatzungszone verbindliche Anordnungen zu erlassen, wurde daraufhin am 20. April 1948 nochmals in eigenen Erlaß bekräftigt.⁵⁹ Die DWK ver-

fügte damit über nahezu „dikatorische Kompetenzen“ gegenüber deutscher Bevölkerung und Administration, nur wenige Politikfelder - wie zum Beispiel die Außenpolitik - blieben ihr zunächst weiterhin verschlossen.⁶⁰

Von der durch die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei weiter verschärften Konfrontation zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR blieb im Frühjahr 1948 die Position der SED nicht unberührt. Ihre dauerhafte politische Vormachtstellung in der sowjetischen Besatzungszone, verbunden mit zusätzlichen Ambitionen auf den Westen Deutschlands, sah die SED - nicht unbegründet - nun vor allem durch zwei Entwicklungen gefährdet: durch die sich abzeichnende Staatsgründung im Westen wegen der von ihr ausgehenden Anziehungskraft auf die gesamte deutsche Bevölkerung zum einen, durch die Gefahr kommunistischer Dissidenz - bereits deutlich zu erkennen am Beispiel der KP Jugoslawiens - innerhalb des sich formierenden Ostblocks wegen der von ihr ausgehenden blockpolitischen Sprengkraft zum anderen.⁶¹ Folgerichtig verstärkte sie im Verlauf des Jahres 1948 ihre nationale Einheitspropaganda weiter, versuchte aber gleichzeitig, die enge Bindung der sowjetischen Besatzungszone an den entstehenden Ostblock sicherzustellen. Da sich die Sowjetunion von ihren gesamtdeutschen Zielen trotz schwerer Rückschläge keinesfalls verabschiedet hatte und es in diesem Interesse - trotz aller Zugeständnisse bei der Kompetenzerweiterung der DWK - auch weiterhin ablehnte, ihre deutsche Besatzungszone offen als „Volksdemokratie“

⁵⁷ Noch bevor Pieck und Grotewohl jedoch am 31.3.1948 mit Mikojan, Merkulov, Suslov und Semënov zusammenkamen, um "Beschlüsse und Ergebnisse" des Besuches festzuhalten, trafen diese vier mit Stalin zu ausführlichen, allerdings bisher nicht dokumentierten Gesprächen zusammen. Korotkov/Černev/Černabaev, Besucher, Teil 1947-1949, in: Istoričeskij archiv 5-6/1996.

⁵⁸ Bonwetsch/Bordjugov, SED, S. 103.

⁵⁹ Mitteilung der DWK über die Bestätigung des Antrages der DWK auf Gewährung des Rechts zum Erlaß verbindlicher Verordnungen und Anordnungen durch den Obersten Chef der SMAD vom 20.4.1948, in: Um ein

antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 623-624.

⁶⁰ Zank, Zentralverwaltungen, S. 266f.

⁶¹ Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 5 (1991), S. 3-16, hier S. 5.

einzustufen, blieb die Position der SED von Unsicherheit geprägt.

Zeichen der politischen Anerkennung durch ihre osteuropäischen Nachbarn, wenn möglich verbunden mit der Bereitschaft zu engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit, waren für die SED deshalb außerordentlich wichtig - auch wenn sie nicht wirklich von der jeweiligen Bevölkerung, sondern nur von den Führungsspitzen sozialistischer Parteien getragen wurden. Die erste offizielle Auslandsreise der beiden Parteivorsitzenden Pieck und Grotewohl im Sommer 1948, unternommen aus Anlaß der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten in Ungarn, hatte deshalb besondere Bedeutung und wurde als internationaler Erfolg herausgestellt.⁶² Ursprünglich als „Balkanreise“ nach Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Österreich geplant - ein Besuch in Polen war zu dieser Zeit noch nicht denkbar -, wurde Jugoslawien nachträglich von der Reiseroute gestrichen, die Tschechoslowakei dagegen zusätzlich aufgenommen.⁶³ Am 5. Juni 1948, kurz vor Reiseantritt, erklärte der Politische Berater des Obersten Chefs der SMAD, Vladimir S. Semënov, Pieck nicht nur, warum ein Aufenthalt in Belgrad nicht mehr in Frage komme,⁶⁴ sondern teilte ihm auch mit, daß in der Tschechoslowakei die Abdankung des Präsidenten Beneš unmittelbar bevorste-

he, Gottwald als sein Nachfolger antreten und Antonín Zápotocký künftig das Amt des Ministerpräsidenten ausüben werde. Auch der „Anschluß“ der Sozialdemokraten an die KPTsch stehe unmittelbar bevor und werde am 27. Juni 1948 vollzogen. Einem erfolgversprechenden Besuch der SED-Führer in Prag stand also grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Während bei ihrem Aufenthalt in Budapest aus gegebenem Anlaß die Pflege der Parteikontakte ganz im Mittelpunkt stand, bemühten sich Pieck und Grotewohl in allen anderen Ländern um zusätzliche Regierungsgespräche, insbesondere um Verhandlungen über engere Wirtschaftsbeziehungen.⁶⁵ Interessant ist auch, daß die Reise unmittelbar vor der „Warschauer Konferenz“ der acht Außenminister des entstehenden „Ostblocks“ stattfand, auf der das „deutsche Problem“ ganz im Mittelpunkt stand und die „Londoner Empfehlungen“ scharf verurteilt wurden.⁶⁶ In der Tschechoslowakei wurden die beiden Deutschen am

⁶² Vgl. die Berichterstattung des "Neuen Deutschland" über die Reise Piecks und Grotewohls vom 11. bis 22. Juni 1948 in den Ausgaben vom 25. und 27.6.1948.

⁶³ Notizen Piecks von einer Besprechung bei Semënov am 5.6.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036/735, Bl. 99-105, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 230-232.

⁶⁴ Der Ausschluß der KP Jugoslawiens aus dem Kominform stand unmittelbar bevor. Leonid Gibianski, *The 1948 Soviet-Yugoslav Conflict and the Formation of the "Socialist Camp" Model*, in: Westad/Holtsmark/Neumann (Hrsg.), *Soviet Union*, S. 26-46; Mastny, *Cold War*, S. 35-40.

⁶⁵ Reisebericht Piecks im Protokoll der 11. (25.) Tagung des PV der SED am 29./30.6.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/48.

⁶⁶ Am 23./24. Juni 1948 trafen in Warschau die Außenminister der Sowjetunion, Albanien, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zusammen. In ihrem Abschlußkommuniqué forderten sie in Bezug auf Deutschland unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen u.a. die völlige Entmilitarisierung, die Kontrolle des deutschen Wirtschaftspotentials und die Bildung einer "provisorischen demokratischen friedliebenden gesamtdeutschen Regierung (...), mit dem Ziel, Garantien gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression zu schaffen." Der Sowjetunion diene die Konferenz - in Reaktion auf die Londoner Sechsmächte-Konferenz - dazu, nach außen die Geschlossenheit des "Ostblocks" zu demonstrieren, nach innen die deutsche Gefahr als Motor des engeren Zusammenschlusses zu nutzen. Boris Meissner, *Russland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953*, Hamburg 1954, S. 164-169.

21. Juni 1948 tatsächlich vom neuen Ministerpräsidenten Zápotocký, seinem Stellvertreter Zdenek Fierlinger sowie den Fachministern für Information Václav Kopecký, für Finanzen Jaromír Dolanský und für Außenhandel Antonín Gregor empfangen - außer dem noch als Sozialdemokrat agierenden Fierlinger sämtlich Mitglieder der KPTsch. Auch der neue Staatspräsident Klement Gottwald widmete den Besuchern mehr als eine Stunde seiner knappen Zeit. Wie Pieck in seinem Reisebericht besonders hervorhob, zeigte Gottwald nicht nur großes Interesse an der deutschen Entwicklung, sondern bekundete ausdrücklich auch den Wunsch nach künftig engen, freundschaftlichen Beziehungen. Das „volle Vertrauen“ zwischen den Parteileitungen führte Pieck als den letztlich ausschlaggebenden Grund für die positiven Resultate der Reise an, auch um die Vorwürfe der an diesen ersten Schritten auf internationalem Parkett nicht beteiligten anderen deutschen Parteien zu entkräften. Von den „führenden Parteien“ in Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei, die mit „großer Energie und Standhaftigkeit den Klassenfeinden entgegengetreten“ seien, könne die SED „viel, sehr viel (...) lernen“. Ausdrücklich bedauerte es Pieck bei dieser Gelegenheit, daß die SED noch immer nicht dem Kominform angeschlossen sei.⁶⁷ Mit den diesem Büro angehörenden

⁶⁷ Die Aufnahme der SED in das Kominform, von Pieck am 18.12.1948 Stalin persönlich nochmals als Bitte vorgetragen, wurde von diesem als "noch nicht (...) genügend reif(e)" Frage eingestuft und blieb deshalb weiterhin offen. Notizen Piecks betr. seinen Bericht über die Besprechung mit Stalin vom 18.12.1948 vor dem ZS der SED am 27.12.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036/695, Bl. 75-78, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 265-274, hier S. 271. Der SED erschien es klug, von einem ursprünglich beabsichtigten offiziellen Aufnahmeantrag wieder Abstand zu nehmen. Protokoll der Sitzung des ZS der SED am

Parteien fühle sich die SED trotzdem eng verbunden und begrüße deren Beschluß gegen die jugoslawische Parteiführung nachdrücklich.⁶⁸ Auch Grotewohl sah nun die Zeit für die klare Beantwortung der Frage gekommen, „auf welcher Seite der Platz der sowjetischen Besatzungszone“ in der bipolaren Welt zu finden sei.⁶⁹ Die durch den Westen geschaffene Situation erfordere die Ausrichtung der Partei „eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten“. Die Länder der Volksdemokratien zeigten die „einzige Entwicklungsmöglichkeit“, die auch für die sowjetische Besatzungszone noch geblieben sei.

Der Besuch von Pieck und Grotewohl in Prag schlug sich noch im Sommer 1948 in konkreten Ergebnissen nieder: Die Tschechoslowakei entsandte im Juli 1948 eigens eine Regierungskommission in die sowjetische Besatzungszone, um mit der DWK über ein offizielles Handelsabkommen zu konferieren - ein Vorgang, der als Auftakt ihrer selbständigen Außenhandelstätigkeit, bisher ein exklusive Angelegenheit der sowjetischen Militärverwaltung, gewertet werden kann.⁷⁰

27.12.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.1/257.

⁶⁸ Das ZS der SED faßte kurze Zeit später, am 2.7.1948, eine Entschließung, in der die Verurteilung der jugoslawischen KP-Führung durch das Kominform Ende Juni 1948 ausdrücklich unterstützt wurde. Protokoll der Sitzung des ZS der SED am 2.7.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/214.

⁶⁹ Ausführungen Grotewohls im Protokoll der 11. (25.) Tagung des PV der SED am 29./30.6.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/48.

⁷⁰ Ausführungen Ulbrichts im Protokoll der 11. (25.) Tagung des PV der SED vom 29./30. Juni 1948, in: ebenda; Protokoll der Sitzung des ZS der SED am 5.7.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/215. Die zuvor bereits mit Jugoslawien (April 1947), Polen (März 1948) und Ungarn (Juni 1948) geschlossenen Handelsabkommen, die nicht mit dem Besuch von Regierungsdelegatio-

Über das Abkommen hinaus, das am 21. Juli 1948 im Wert von 18,5 Mio. Dollar abgeschlossen wurde, konnte die DWK noch im gleichen Monat in Prag eine Handelsvertretung einrichten.⁷¹ Mehr als ein Jahr vor ihrer Gründung waren damit zwischen der erst im Entstehen begriffenen DDR und der Tschechoslowakei konsularische Beziehungen aufgenommen. Selbst die DDR-Historiographie benannte hierfür als wesentliche Voraussetzung den „Sieg der tschechoslowakischen Arbeiterklasse im Februar 1948.“⁷² Wenige Monate später wurden Vertreter der fünf im antifaschistisch-demokratischen Block zusammengeschlossenen deutschen Parteien anlässlich des 30. Jahrestags der tschechoslowakischen Staatsgründung am 28. Oktober 1948 sogar zu einem diplomatischen Empfang in die Berliner Militärmission der ČSR eingeladen.⁷³

Als die SED im September 1948 die Maßnahmen des Kominform zur Disziplinierung der KP Jugoslawiens als „große Hilfe“ zur Erhöhung des ideologischen Niveaus der eigenen Partei be-

nen verbunden gewesen waren, ließ Ulbricht an dieser Stelle unerwähnt. Nach dem Abkommen mit der Tschechoslowakei folgten noch im gleichen Jahr Abkommen mit Bulgarien (August) und mit Rumänien (Dezember). Manfred Lentz, *Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961*, Opladen 1979, S. 51.

⁷¹ "Neues Deutschland" vom 30.7.1948; Lentz, *Wirtschaftsbeziehungen*, S. 51. Allein vom Volumen her gesehen war ein ebenfalls im Sommer 1948 mit der "Bizone" abgeschlossenes Handelsabkommen im Wert von 40 Mio. \$ wesentlich umfangreicher; vgl. Adolf Müller, *Die deutsch-tschechischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Eugen Lemberg/Gotthold Rhode (Hrsg.), *Das deutsch-tschechische Verhältnis seit 1918*, Stuttgart u.a. 1969, S. 122-136, hier S. 125.

⁷² Horst Köpstein (Gesamtredaktion), *Brüderlich vereint. DDR - ČSSR*. Berlin (Ost) 1967, S. 38.

⁷³ Ebenda.

grüßte und die Möglichkeit eigenständiger, nationaler Wege zum Sozialismus grundsätzlich in Abrede stellte,⁷⁴ nahm - im sicheren Abstand von mehreren Monaten - erstmals ein Mitglied der SED-Führung offen Bezug auf die „Februarereignisse“ im Nachbarland. Um die Feststellung einer allgemeinen „Verschärfung des Klassenkampfes“ und damit zusammenhängend die Forderung nach einer „Säuberung“ der Partei von „entarteten und feindlichen Elementen“ zu untermauern,⁷⁵ führte Franz Dahlem dafür rechtfertigend die Tschechoslowakei ins Feld: Es sei kein Zufall, „daß der Klassenfeind (...) seit den Februarereignissen in der Tschechoslowakei sprunghaft seine Aktivität erhöht“ habe. Mit jedem Schritt vorwärts in Richtung Sozialismus werde der Klassenfeind - so wie in der Tschechoslowakei - auch in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands immer hartnäckiger und energischer auftreten. Walter Ulbricht folgerte daraus die Aufgabe der Partei, nun „den Weg der völligen Beseitigung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente sowohl auf dem Lande wie in den Städten zu beschreiten.“ Diese Aufgabe sei, „kurz gesagt, die des sozialistischen Aufbaus“ in der sowjetischen Besatzungszone.

⁷⁴ Vgl. - auch zum folgenden - das Protokoll der 13. (27.) Tagung des PV der SED am 15./16.9.1948 sowie die beiden Entschlüsse „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ und „Die November-Revolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/52.

⁷⁵ Ein entsprechender Beschluß „Für die organisatorische Festigung der Partei und ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ war am 29.7.1948 gefaßt worden. Protokoll der 12. (26.) Tagung des PV der SED vom 28./29.7.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/50.

Das Provisorium formiert sich – die Gründung der DDR

Auch nach der getrennten Währungsreform und dem Beginn der Blockade Berlins bekam die SED-Führung auf ihre drängende Frage nach konkreten Schritten zur Bildung einer „Regierung in [der] Ostzone“ von sowjetischer Seite jedoch keine eindeutige Antwort, sondern mußte sich mit dem Hinweis begnügen, diese Funktion müsse vorläufig weiterhin von der Deutschen Wirtschaftskommission wahrgenommen werden.⁷⁶ Erst im Oktober 1948 wurde Pieck davon in Kenntnis gesetzt, daß in allernächster Zeit in Moskau Entscheidungen über die „Selbständigkeit“ der sowjetischen Zone, über „Regierung“ und „Parlament“ sowie die „Rolle der Partei“ getroffen werden würden.⁷⁷ Die zur Abstimmung weiterer Schritte nach Moskau entsandte SED-Delegation legte der sowjetischen Führung im Dezember 1948 u.a. genauere Vorschläge für das Szenario zur Staatsgründung vor: Die wichtigsten institutionellen Punkte dabei waren die Regierungsbildung durch Zusammenfassung der DWK mit den Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung, das Abhalten von Einheitslistenwahlen zu einer Volksvertretung und die Verabschiedung einer provisorischen Verfassung.⁷⁸

⁷⁶ Notizen Piecks von einer Besprechung bei Semënov am 24.6.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036/735, Bl. 109-111, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 234-235.

⁷⁷ Notizen Piecks über eine Besprechung mit Vertretern der SMAD am 16.10.1948 sowie mit Marschall Sokolovskij am 30.10.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036/735, Bl. 150-153 bzw. Bl. 154-157, beide abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 240-242.

⁷⁸ Ausarbeitung "Antwort auf die Fragen zur Besprechung am 18.12.1948", in Vorbereitung auf ein Gespräch von Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner mit Stalin und Molotov abgefaßt, in: SAPMO-BArch, NY 4036/695, Bl. 48-58, abgedr. in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 247-253.

Diese Vorschläge fanden am 18. Dezember 1948 die grundsätzliche Zustimmung Stalins, der jedoch ausdrücklich darauf hinwies, daß eine „prov.[isorische] deutsche Regierung“ im Osten erst dann in Erscheinung treten dürfe, wenn im Februar oder März 1949 die westdeutsche Regierung tatsächlich gebildet worden sei.⁷⁹ Er verlangte von den deutschen Einheitssozialisten außerdem eine insgesamt stärker opportunistisch ausgerichtete Politik, nicht nur in deutschlandsondern auch in innenpolitischer Hinsicht. Es sei vielleicht mutig, oft aber auch sehr dumm von den deutschen Kommunisten, wie die „Teutonen“ mit offenem Visier zu kämpfen. Da die Lage in der sowjetischen Besatzungszone nicht mit der in den Volksdemokratien zu vergleichen sei, könne die SED nicht auf direktem Wege, sondern nur im „Zickzack“ zum Sozialismus gelangen.⁸⁰

Mit ihrer 1. Parteikonferenz und den dort gefaßten Beschlüssen zur weiteren Umformung in eine „Partei neuen Typs“ bereitete sich die SED im Januar 1949 bereits eingehend auf ihre Rolle als künftige Staatspartei vor.⁸¹ Eine von Fierlinger

⁷⁹ Notizen Piecks über eine vierstündigen Besprechung am 18.12.1948 (Anm. 32). Die Mitglieder der SED-Delegation - Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner - trafen am 18.12.1948 im Beisein von Molotov, Semënov und Korotkevič (Übersetzer) mit Stalin zusammen. Die Unterredung dauerte von 20.05 Uhr bis 24.45 Uhr. Korotkov/Černev/Černabaev, Besucher, Teil 1947-1949, in: Istoričeskij archiv 5-6/1996. Vgl. auch Roßmann, Beziehungen, S. 219/220.

⁸⁰ Notizen Piecks für seinen Bericht vor dem ZS der SED über die Besprechung vom 18.12.1948 am 27.12.1948 (Anm. 68); Staritz, SED, S. 7.

⁸¹ Die 1. Parteikonferenz der SED tagte vom 25. bis 28.1.1949. Sie bestätigte die Beschlüsse des PV der SED vom 24.1.1949 über "innerparteiliche Maßnahmen", die die Bildung eines "Politbüros" und eines "Kleinen Sekretariats" beim Parteivorstand, die Einführung der Kandidatenzeit, die formelle

geleitete Parteidelegation der KPTsch, die erste ihrer Art auf Besuch in der sowjetischen Besatzungszone, würdigte das in einer Begrüßungsansprache ausdrücklich: „Wir sehen in Eurer Partei eine Kraft, die für die bessere Zukunft des deutschen Volkes, für ein wahrhaft demokratisches Deutschland arbeitet.“⁸² Doch die Bildung dieses Staates selbst zögerte sich weiter hinaus. Zurückgekehrt von einem Besuch in Moskau, bei dem sie am 6. Mai 1949 mit der gesamten sowjetischen Führungsspitze zusammengetroffen waren,⁸³ übermittelten Sokolovskij und Semënov der SED-Führung das Verlangen, angesichts der nun unmittelbar bevorstehenden westlichen Staatsgründung noch einmal alle Register der gesamtdeutschen Propaganda zu ziehen.⁸⁴ Der auf Basis von Einheitslisten gewählte 3. Deutsche Volksgroß sollte nun - gegen den Wider-

stand der bürgerlichen Parteien - zur Bildung einer „Nationalen Front“ aufrufen. Dieser Aufforderung kam er am 29./30. Mai 1949 - eine knappe Woche nach der Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes - auch tatsächlich nach, obgleich selbst der SED nicht genau klar war, was die „Nationale Front“ in politischer und organisatorischer Hinsicht von dem bereits früher bestehenden „Volksrat“ unterscheiden sollte.⁸⁵

Erst nachdem die KPD trotz ihres Einsatzes für die „Nationale Front“ in den westdeutschen Bundestagswahlen am 14. August 1949 mit 5,7% der Stimmen einen nur bescheidenen Erfolg verbuchen konnte, Konrad Adenauer als Garant der Westintegration dagegen den klaren Sieg errungen hatte und am 7. September 1949 vom Deutschen Bundestag zum Kanzler gewählt wurde, erteilte die sowjetische Führung schließlich ihre Zustimmung zu offiziellen Schritten zur Staatsgründung in der sowjetischen Besatzungszone. Um letzte Absprachen zu treffen, reisten Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner vom 16. bis 28. September 1949 nochmals nach Moskau.⁸⁶

Aufhebung der Parität sowie die Wahl einer Zentralen Parteikontrollkommission vorsehen. Protokoll der 16. (30.) Tagung des PV der SED vom 24.1.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/1/60.

⁸² Begrüßungsansprache Fierlingers im Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949, Berlin 1949, S. 18-23, hier S. 18. Wenige Monate später entsandte die SED-Führung eine Delegation - bestehend aus Pieck, Grotewohl und Ulbricht - zum 9. Parteitag der KPTsch (Mai 1949). Köpstein, Brüderlich, S. 38.

⁸³ Vgl. Korotkov/Černev/Černabaev, Besucher, Teil 1947-1949, in: Istoričeskij archiv 5-6/1996: Demnach trafen Sokolovskij und Semënov als Vertreter der SMAD am Abend des 6.5.1949 zwischen 20.00 Uhr und 21.00 Uhr im Beisein der von Molotov, Berija, Bulganin, Kaganovič, Kosygin, Malenkov, Mikojan sowie Vyšinskij mit Stalin zusammen.

⁸⁴ Notizen Piecks zu einem Bericht Grotewohls vom 23.5.1949 im Politbüro der SED über ein Gespräch mit Semënov; Notizen Piecks über die Vorbereitung des 3. Deutschen Volksgroßes vom 23.5.1949; beide in: SAPMO-BArch, NY 4036/695, Bl. 91-92 sowie 102 bzw. Bl. 88-90 sowie 101, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 281-283.

⁸⁵ Erst Monate später, am 4.10.1949, konnte der PV der SED eine vom Politbüro mit Hilfe Semënovs formulierte und dann mit der sowjetischen Führung abgestimmte EntschlieÙung über "Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die SED" verabschieden. Protokoll der 22. (36.) Tagung des PV der SED am 4.10.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/37.

⁸⁶ Vgl. verschiedene im Nachlaß Piecks überlieferte Dokumente zu diesem Besuch, in: SAPMO-BArch, NY 4036/695, Bl. 103, 108-121 sowie NY 4036/735, Bl. 339-342, abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 292-309. In Begleitung des seit März 1949 amtierenden Obersten Chefs der SMAD, General Vasilij I. Čujkov, und seinem Politischen Berater Semënov trafen die Deutschen am 17.9.1949 mit den Politbüromitgliedern Malenkov, Berija, Bulganin, Molotov, Mikojan und Kaganovič sowie dem Leiter der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU, Gregorian, und dessen für Deutschland und Österreich zuständigen

Am 4. Oktober 1949 legte das Politbüro - ohne über die Moskareise ein einziges Wort zu verlieren - dem Parteivorstand das mit der sowjetischen Führungsspitze genau abgestimmte Prozedere der Staatsgründung zur Zustimmung vor, am 5. Oktober 1949 erklärten auch die Blockparteien ihr Einverständnis. Eine allgemeine Wahl wurde nicht abgehalten, der „Volksrat“ statt dessen einfach zum provisorischen Parlament und die Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission zu Ministerien aufgewertet.⁸⁷ Am 7. Oktober 1949 konnte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) schließlich vollzogen werden.⁸⁸ Aus sowjetischer Perspektive stellte dieser Staatsakt allerdings nur ein vorläufiges Ergebnis im Kampf um Einfluß auf ganz Deutschland dar, der tatsächlich noch sehr lange andauern sollte.

Literatur:

Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994

Bonwetsch, Bernd/ Bordjugov, Gennadij: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar - 7.

Vertreter, Smirnov, zusammen. Ein direktes Zusammentreffen mit Stalin, der zwischen dem 16. und 28.9.1949 in Urlaub weilte, hielt man offensichtlich nicht mehr für nötig. Korotkov/Černev/Černabaev, Besucher, Teil 1947-1949, in: Istorický archiv 5-6/1996. Vgl. auch Roßmann, Beziehungen, S. 222.

⁸⁷ Bernd Niedbalski, Die kaderpolitischen und staatsorganisatorischen Voraussetzungen für die Bildung der DDR-Regierung 1949, in: Šerstjanoi (Hrsg.), "Provisorium...", S. 305-313.

⁸⁸ Vgl. die kommentierte Edition der Protokolle der 22. (36.) und 23. (37.) Tagung des PV der SED am 4. bzw. 9.10.1949 in: Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1991), S. 125-175.

Februar 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1994), S. 279-303

dies.: Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau (25.3.-1.4.1948), in: Deutsche Studien 121 (1994), S. 95-107

Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart u.a. 1969

Di Biagio, Anna: The Establishment of the Cominform, in: Giuliano Procacci (Hg.): The Cominform. Minutes of the Three Conference 1947/48/49, Mailand 1994

Diepenthals, Wolfgang.: Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1948, Köln 1974

Foitzik, Jan: Die Bildung des Kominform-Büros 1947 im Lichte neuer Quellen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12 (1992), S. 1109-1126

Friedrich, Thomas, Das Kominform und die SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 3 (1991), S. 322-336

Gibianski, Leonid: The 1948 Soviet-Yugoslav Conflict and the Formation of the „Socialist Camp“ Model, in: Westad/Holtmark/Neumann (Hrsg.), Soviet Union, S. 26-46

Gniffke, Erich W.: Was geschah in der Tschechoslowakei? Berlin 1948

ders.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966

Heering, Walter: Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 22/23 1997, S. 30-38

Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht 1 (1948)

Kaplan, Karel: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945-1948, München/Wien 1981

ders./ Mastny, Vojtech: Stalin, Czechoslovakia, and the Marshall Plan: New Documentation from Czechoslovak Archives, in: Bohemia 32 (1991)

Korotkov, A.V./ Černev, A.D./ Černabaev, A.A.: Die Besucher im Arbeitszimmer J. V. Stalins. Eintragungsbücher (-hefte) für jene Personen, die vom ersten Generalsekretär empfangen wurden, 1924-1953, Teil

- 1946-1949 [russisch], in: Istoričeskij arhiv 5-6/1996
- Krátký, Karel: Czechoslovakia, The Soviet Union and the Marshall Plan, in: Odd Arne Westad/Sven Holtmark/Iver B. Neumann (Hrsg.): The Soviet Union in Eastern Europe, 1945-1989, London 1994
- Kubina, Michael: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein“, in: Wilke, Anatomie, S. 413-500
- Lauffer, Jochen: Auf dem Weg zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 27-55
- ders.: Die UdSSR und die Ursprünge der Berlin-Blockade 1944-1948, in: Deutschland Archiv 4 (1998), S. 564-578
- Lentz, Manfred: Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961, Opladen 1979
- Mastny, Vojtech: The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years, New York/Oxford 1996
- Meissner, Boris: Russland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953, Hamburg 1954
- Müller, Adolf: Die deutsch-tschechischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Eugen Lemberg/Gotthold Rhode (Hg.), Das deutsch-tschechische Verhältnis seit 1918, Stuttgart u.a. 1969, S. 122-136
- ders./ Utitz, Bedřich: Deutschland und die Tschechoslowakei. Zwei Nachbarnvölker auf dem Weg zur Verständigung, Freudenstadt 1972
- Narinsky, Mikhail M.: The Soviet Union and the Marshall Plan, in: CWIHP (Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars), Working Paper No. 9, Washington 1994
- Niedbalski, Bernd: Die kaderpolitischen und staatsorganisatorischen Voraussetzungen für die Bildung der DDR-Regierung 1949, in: Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium...“, S. 305-313
- Niethammer, Lutz (Hrsg.), Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald
- Parrish, Scott D: The Turn Toward Confrontation: The Soviet Reaction to the Marshall Plan 1947
- Roßmann, Gerhard: Die brüderlichen Beziehungen zur Partei und zum Lande Lenins, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2 (1975), S. 210-231
- Rouček, Libo: Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990
- Sattler, Friederike: Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 119-215
- Scholz, Michael F.: Zur internationalen Arbeit von KPD/SED vor Gründung der DDR, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums: Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 177-182
- Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 5 (1991), S. 3-16
- Steiner, André: Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 49/50 (1993), S. 32-39
- Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986
- ders.: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1991), S. 125-175
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin (Ost) 1968
- Zank, Wolfgang, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2. Auflage, München 1993, S. 253-296